

Keine greifbaren Ergebnisse

Erstes Treffen israelischer und palästinensischer Offiziere – Dschihad verübt Selbstmordanschlag

BEIRUT/GAZA-STADT: Bei dem Gespräch unter Leitung von Mitarbeitern des US- Geheimdienstes CIA hätten sich die Offiziere nicht darauf einigen können, von welcher Seite der erste Schritt für ein Ende der Gewalt ausgehen müsste, hiess es in palästinensischen Kreisen.

Der für den Südschnitt Israels zuständige General Jomtov Samia äusserte sich nach dem Treffen am Eres-Kontrollpunkt zwischen Israel und dem Gaza-Streifen jedoch zuversichtlich: «Es herrschte ein optimistischer Ton, ganz anders als in den vergangenen vier Wochen.»



Israelische Soldaten beobachten – nach den dem gestrigen Bombenanschlag – aufmerksam die Geschehnisse im Gaza-Streifen. (Bild: Keystone)

Einladung nach Washington

US-Präsident Bill Clinton forderte die Konfliktparteien im Nahen Osten auf, die Gewalt wie vereinbart zu beenden. Zudem versucht Clinton, Palästinenserpräsident Jassir Arafat und den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak zu Einzelgesprächen nach Washing-

ton einzuladen, um das Blutvergiessen zu beenden.

Ein Gespräch mit Clinton sei jederzeit willkommen, sagte Arafats Berater Nabil Abu Rdainah. Für ein Gespräch mit Barak sei es jedoch noch zu früh.

Bei den Verhandlungen des israelischen Ministerpresiden-

ten Ehud Barak über die Bildung einer «Regierung des nationalen Notstands» zeichneten sich bisher keine Fortschritte ab. Der Fraktionsvorsitzende des oppositionellen Likud-Blocks, Meir Schitrit, warf der Arbeitspartei von Barak vor, sie verhandle nicht ernsthaft über eine Grosse Koalition.

Selbstmordanschlag

Die radikal-islamische Gruppe Dschihad bekannte sich zu einem Selbstmordanschlag auf einen israelischen Armeestützpunkt im Gaza-Streifen, bei dem am Donnerstag der 24-jährige palästinensische Attentäter getötet und ein israelischer Soldat leicht verletzt

wurden. Die Dschihad-Gruppe kündigte weitere Anschläge an, was auch die israelische Armee befürchtete.

Ein Berater Arafats sagte, Israel müsse die Konsequenzen für seine Aggression gegen die Palästinenser tragen. Russland forderte beide Seiten zum Ende der Gewalt auf. Ein israelischer Armeesprecher sagte, Israel habe seine Grenzen zum Westjordanland und zum Gaza-Streifen abgeriegelt, um weitere Selbstmord-Attentate zu verhindern.

Das Attentat getstern war das erste bei den seit vier Wochen andauernden Unruhen in den Palästinenser-Gebieten. Bei den Zusammenstössen sind mindestens 132 Menschen ums Leben gekommen, bis auf acht handelt es sich bei den Opfern um Palästinenser.

Am Donnerstag kam es im Westjordanland zu neuen Auseinandersetzungen in den Orten Ramallah, Hebron, Kalkilja und Tulkarm, wo israelische Sicherheitskräfte Gummimantelgeschosse und Tränengas gegen Steine werfende Palästinenser einsetzten.

NACHRICHTEN

Haotian beendet Besuch in Nordkorea

PJÖNGJANG: Der chinesische Verteidigungsminister Chi Haotian hat gestern seinen fünfägigen Besuch in Nordkorea beendet. Er war mit Machthaber Kim Jong Il und anderen Mitgliedern der nordkoreanischen Führung zusammengetroffen. Der Besuch erfolgte vor dem Hintergrund der Annäherung Nordkoreas an Südkorea und der diplomatischen Initiative des Westens angesichts der erkennbaren vorsichtigen Öffnung des lange isolierten Landes.

Gefängnisrevolte nach vier Tagen beendet

ANKARA: Die Häftlingsrevolte in der südtürkischen Stadt Adana ist nach vier Tagen zu Ende gegangen. Die Gefangenen liessen die verbliebenen 13 Geiseln am späten Mittwochabend frei, nachdem Sicherheitskräfte mit einer Erstürmung des Gefängnisses gedroht hatten, wie der Gefängnisdirektor am Donnerstag erklärte. Die Revolte hatte am Montag begonnen. Zeitweilig hielten die Häftlinge bis zu 21 Geiseln in ihrer Gewalt. Der Aufstand richtete sich gegen die geplante Gefängnisreform. Die Häftlinge befürchten, isoliert zu werden und damit Übergriffen von Wärtern ausgesetzt zu sein.

Streit zwischen Schäuble und Baumeister

BERLIN: Der Streit zwischen dem ehemaligen CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble und der früheren Schatzmeisterin der Partei, Brigitte Baumeister, wird nun endgültig die Justiz beschäftigen. Der Untersuchungsausschuss des Bundestages zur CDU-Spendenaffäre schloss gestern die Vernehmung der beiden Politiker endgültig ab. Die Vernehmungsprotokolle gehen nun an die Berliner Staatsanwaltschaft, die den Verdacht der unedlichen Falschaussage prüfen wird. Schäuble und Baumeister haben widersprüchliche Aussagen zur Übergabe einer Spende von 100 000 Mark des Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber im Jahr 1994 gemacht.

Immigrant in Container umgekommen

VIESTE: Eine Woche nach dem jüngsten Flüchtlingsdrama ist erneut ein illegaler Einwanderer bei der Überfahrt nach Italien ums Leben gekommen. Der Kurde sei gestern tot in einem Schiffscontainer gefunden worden. Drei weitere Flüchtlinge in dem Container seien schwer verletzt geborgen worden. Die drei Überlebenden der jüngsten Tragödie hätten heftig gegen die Containerwand gehämmert. Nur so seien sie, nahe der Adria Hafenstadt Vieste, dem sicheren Tod entgangen. Am 18. Oktober waren sechs Kurden in einem Lastwagen erstickt.

EU-Parlament fordert 94,7 Milliarden Euro

STRASSBURG: Das Europaparlament hat für den EU-Haushalt des kommenden Jahres Ausgaben in Höhe von etwa 94,7 Milliarden Euro (etwa 152 Milliarden Franken) gefordert. Das sind gut zwei Milliarden Euro mehr, als vom EU-Ministerrat vorgeschlagen.

Zusätzliche Mittel verlangten die Parlamentarier am Donnerstag bei der ersten Lesung des EU-Haushalts 2001 vor allem für Strukturhilfen zugunsten benachteiligter Regionen. Nachbesserungen fordern sie ausserdem für die EU-Aussenpolitik, vor allem für humanitäre Aktionen, Entwicklungspolitik und den Wiederaufbau in den Balkanländern. Vorschläge des Ministerrats, bei den Agrarhilfen 500 Millionen Euro einzusparen, lehnte die Strassburger Versammlung mit grosser Mehrheit ab. Für den Wiederaufbau der südserbischen Krisenregion will das Europaparlament im kommenden Jahr 175 Millionen Euro bereitstellen. Bereits im kommenden Jahr sollen für ein Soforthilfeprogramm für Serbien 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Einigung weckt neue Hoffnungen in Peru

Hoffnung auf ein Ende der Innenpolitischen Krise – Fahndung nach Vladimiro Montesinos

LIMA: Perus Regierung und Opposition haben sich auf Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 8. April kommenden Jahres geeinigt. Dies teilte der Generalsekretär der «Organisation Amerikanischer Staaten» (OAS), Cesar Gaviria, am Mittwochabend in Lima mit.



Präsident Alberto Fujimori (Mitte) – beschützt von Soldaten – regierte zehn Jahre, ehe er auf sein Amt verzichtete. (Bild: Key)

Die Oppositionsführung sprach vom «Beginn der wahren nationalen Versöhnung». Bislang waren sich beide Seiten nicht über einen Wahltermin einig geworden, da die Regierung die Neuwahlen an eine Amnestie für die Militärs knüpfen wollte.

Der OAS-Generalsekretär war eigens nach Peru gereist, um in der innenpolitischen Krise zu vermitteln. Justizminister Alberto Bustamante betonte jedoch, dass über einen Straferlass weiter verhandelt werde.

Unter Druck

Der seit zehn Jahren autoritär regierende Präsident Alberto Fujimori war im Mai nach seiner eigenen Darstellung für eine dritte Amtszeit wiedergewählt worden. Wegen offensichtlichen Wahlbetrugs geriet er jedoch sowohl im ei-

genen Land als auch international immer stärker unter Druck.

Als im September dann die Bestechung oppositioneller Abgeordneter durch Montesinos publik wurde, kündigte Fuji-

mori schliesslich den Verzicht auf sein Amt an.

Die Bekannngabe des Termins ging einher mit einer spektakulären Suchaktion nach Montesinos, der aus seinem Fluchtland Panama in seine

Heimat zurückgekehrt war. Fujimori persönlich hatte sich inmitten von Putschgerüchten erfolglos an der Suche nach ihm beteiligt. Kritiker warfen ihm vor, nur eine «Show» veranstaltet und sich in die Arbeit der Polizei eingemischt zu haben.

Kein Haftbefehl

Montesinos müsse gefunden werden, um der Gesellschaft die Sorge zu nehmen, er würde seinen Einfluss noch ausüben, betonte Fujimori. Ein Haftbefehl gegen Montesinos liege jedoch nicht vor, räumte der Staatschef ein. Obwohl es zahlreiche Indizien für eine Beteiligung von Montesinos an Verbrechen der vergangenen zehn Jahre gibt, wird gegen ihn nicht ermittelt. Generalstaatsanwältin Blanca Nelida Colan gilt als eine seiner engsten Vertrauten.

Montesinos hatte sich nach Panama abgesetzt, wo ihm aber politisches Asyl verwehrt wurde. Mit der Begründung, er sei von peruanischen Terroristen mit dem Tode bedroht worden, kehrte er am Montag überraschend nach Peru zurück. Dort hält er sich vermutlich im Schutz ihm loyaler Militärs auf.

Robert Mugabe ruft zu erneuter Hetzjagd auf

Opposition wirft Mugabe Mordhetze und Gesetzesbrüche vor

HARARE: Simbawes Präsident Robert Mugabe ist von der Opposition in einem Antrag auf Amtsenthebung der Mordhetze, des Gesetzesbruchs und des groben Machtmissbrauchs beschuldigt worden.

Wie die unabhängige Zeitung «Daily News» am Donnerstag in Harare berichtete, wirft die grösste Oppositionspartei MDC in ihrem am Vortag dem Parlament vorgelegten Antrag dem

Präsidenten vor, seine Anhänger vor den Parlamentswahlen im Juni ständig aufgefordert zu haben, Weisse und Oppositionsanhänger zu attackieren. Er sei er daher für den Tod von mindestens 35 Menschen verantwortlich.

Mit der Entsendung von Truppen in den Kongo habe sich der Präsident ausserdem des «groben Amtsmissbrauches» schuldig gemacht. Das Gesetz habe Mugabe gebrochen, weil er unter anderem der

Polizei befohlen habe, richterliche Anordnungen zu missachten.

Mugabe: «Versöhnungspolitik beendet»

Nach dem Antrag auf Amtsenthebung hatte Mugabe am Vortag seine «Politik der Versöhnung» gegenüber den Weissen des Landes für beendet erklärt. Vor mehreren hundert Anhängern seiner ZANU-PF-Partei sagte Mugabe, dem früheren Premierminister des

damaligen Rhodesien, Ian Smith, und anderen Weissen, die gegen die Machtübernahme der Schwarzen gekämpft hatten, werde wegen Völkermordes der Prozess gemacht.

«In Europa werden Nazis gejagt, die an der Seite Hitlers kämpften, und wir werden diejenigen jagen, die an der Seite von Smith kämpften, und sie festnehmen», fügte der Präsident hinzu.

Nach der Unabhängigkeit Simbawes 1980 waren die

Menschenrechtsverletzungen der Konfliktparteien amnestiert worden. Der Oppositionspolitiker David Coltart äusserte die Ansicht, Mugabes Pläne stiessen deshalb auf rechtliche Hindernisse. Kurz vor Mugabes Erklärung hatte der MDC-Antrag auf ein Amtsenthebungsverfahren für Tumulte im Parlament gesorgt. Nach Ansicht von Beobachtern fürchtet Mugabe, der Antrag könnte auch bei Dissidenten seiner ZANU-PF auf Zustimmung stossen.